

Deutscher Reichstag.

(55. Sitzung.) CB. Berlin, 25. Januar.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Grundschulen wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Vorlage zu spät eingegangen ist. Es folgte die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes, der von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebracht ist zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch. Die Vorlage bestimmt u. a., daß der Handel mit Fleisch und Fleischwaren im Umherziehen verboten ist, ebenso der Verkauf von erkrankten trächtigen Tieren zum Schlachten. Der volkswirtschaftliche Ausschuss fordert Ablehnung des Antrages.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Bg.) trat für den Antrag ein. Das bestehende Gesetz sei eine Zwangsjacke für das Fleischerhandwerk. Es bedürfe der Abänderung im Interesse einer Erleichterung des Verkehrs. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dann wurde in zweiter Beratung das Gesetz zur Abänderung der Gewerbeordnung beraten, worin die Einstellung einer Erlaubnispflicht für die Woch- und Schließgesellschaften gefordert wird. Der Ausschuss empfiehlt, den Namen in Wochgewerbe umzuändern und verlangt in einer Entscheidung ein Gesetz über Konfiszierung des Deliktspersonals.

Abg. Hädel (Komm.) begründete einen Antrag, der verlangt, daß die Woch- und Schließgesellschaften ihr Personal ausschließlich von den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu entnehmen haben. Der Antrag wurde abgelehnt und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung endgültig angenommen.

In zweiter Lesung wurde dann der von den Kommunisten beantragte Gesetzentwurf zum Schutz von Mutter und Kind beraten, der neben Fürsorgemaßnahmen für schwangere Mütter und Säuglinge auch die Strafflosigkeit der Abtreibung vorseht. Der Ausschuss, der die Vorlage ablehnte, ersucht jedoch in einer Entscheidung die Regierung, eine Denkschrift über den Stand des staatlichen Mutterschutzes und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind auf einer Gesamtschutzgrundlage vorseht.

Abg. Frau Kemeß (Soz.) trat für eine schnelle und gründliche Ausdehnung der staatlichen Fürsorgemaßnahmen in dieser Beziehung ein.

Abg. Frau Dr. Häders (Dem.) betonte die Notwendigkeit verstärkter Fürsorge. Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) erinnerte an die umfangreiche Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände. Abg. Frau Krenndörfer (Komm.) lehnte die private Fürsorge als unzulänglich ab. Abg. Frau Agnes (Soz.) will die Angelegenheit noch einmal vom Ausschuss behandeln lassen. Abg. Frau Kraw (D. Sp.) sprach sich gegen den Ausschussantrag, soweit er ein neues Fürsorgengesetz verlangt, aus.

Das Haus nahm in der Abstimmung den vom Ausschuss antrag nur den Teil an, der von der Regierung die Vorlegung einer Denkschrift verlangt. Dagegen wurde der geforderte Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Hierauf wurde ein Antrag des Ausschusses für die Fragen angenommen, worin die Regierung ersucht wird, auf die Reichsbahn dahin einzurwirken, daß sie die durch die neue Grenzführung im Osten notwendig gewordenen Bahnbauten in Angriff nehmen möge.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Letzte Meldungen

Vermischte Drahtnachrichten vom 25. Januar.

Dr. Sirefemann über den Auswärtigen Etat.

Berlin. Im Haushaltsausschuss des Reichstages ergriff bei Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes Reichsminister Dr. Sirefemann das Wort und führte u. a. aus, die politische Betretung dürfe gegenüber der wirtschaftlichen im Auswärtigen Amt nicht zurücktreten. Andererseits hätten wir mit manchen Ländern in erster Linie wirtschaftliche Fragen zu bereinigen und die Gefandten in diesen Ländern müßten mit richtigen Augen auch unsere wirtschaftlichen Interessen beobachten. Die Repräsentationsverpflichtungen seien in Berlin so hoch, daß vielfach die Rückverfugung nach Berlin von den Außenbeamten als eine Art Strafe angesehen werde. In der Frage der Wahlkonsuln neige er der Meinung zu, daß sie in manchen Ländern nicht zu entbehren seien. Eines deunruhigte ihn als Reichsaussenminister: der geplante Durchbruch durch die Wilhelmstraße aus Verkehrssicht. Habe man, so fragt der Minister, überlegt, daß man damit zwei große Ministerien zerfalle? Wo solle er die dort beschäftigten Beamten unterbringen? Bezüglich der Reusfassung von Sozialattachés betonte der Minister, daß auch gegenwärtig schon in den Reichsämtern die wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine besondere und sehr ausführende Rolle spielen und daß sich die Missionen mit diesen Fragen jetzt sehr intensiv beschäftigen. Die Grenzen zwischen Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik seien natürlich durchaus flüchtig und die Schaffung von Sozialattachés würde lediglich künstliche Trennungen auf einem Arbeitsgebiet bedingen, das sonst durchaus einheitlich wäre. Bei der Reueinstellung von Attachés ins Auswärtige Amt werde lediglich auf Vorbildung, Eignung und Tüchtigkeit, keinesfalls auf Zugehörigkeit zu irgendwelchen gesellschaftlichen Schichten gesehen.

Lichtsignale im Reichstag.

Berlin. Im großen Sitzungssaal des Reichstages ist jetzt eine interessante technische Neuerung angebracht. Zu beiden Seiten des Rednerpultes befinden sich zwei Glühbirnen. Sie werden vom Präsidenten höchst eigenartig zum Aufklappen gebracht und dienen dazu, den jeweiligen Redner darauf aufmerksam zu machen, daß seine Redezeit abgelaufen ist. Fünf Minuten vor Ablauf der Redezeit leuchten zwei gelbe Lichter auf und mahnen den Redner, sich nun möglichst kurz zu fassen, da er das Rednerpult bald verlassen muß. In die Redezeit endgültig ausgebracht, so flammen zwei rote Lichter auf, die den Redner auffordern, nun aber endgültig seine Sachen zusammenzupacken und zu verschwinden. Man wollte mit der Einrichtung dieser Lichtsignale wohl den lärmenden Eingriff der Präsidentenloge überflüssig machen. Das Publikum folgt mit lebhaftem Interesse den Lichtsignalen des Präsidenten. Die Neuerung ist zweifellos sehr interessant und gut gemeint. Sie hat aber nur den einen Fehler, daß die Redner sich nicht daran lehren, und daß der Präsident immer wieder zur Glöde greifen muß, um den Beschläffen des Reichstages über die Einschränkung der Redezeit Stellung zu verschaffen.

Belastigungsklage des Ministers Dr. Hirtfelder.

Berlin. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den früheren Hauptkonsulleiter des Deutschen Tageblatts, Dr. Hirtfelder, wegen Belästigung des preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtfelder. Der Prozeß mußte schon zweimal aus verschiedenen Anlässen vertagt werden. In dem von dem Angeklagten geleiteten Deutschen Tageblatt war mehrfach behauptet worden, daß sich der Minister bei seiner Reise nach Wien dort unwürdig aufgeführt habe und in betrübtem Zustand auf einer Wiener Polizeiwache eingeliefert worden sei. Minister Dr. Hirtfelder hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Außer Dr. Hirtfelder hat sich noch ein Angeklagter namens Rudolph zu verantworten.

Großer Automobilkliebersprozeß.

Berlin. Hier begann ein umfangreicher Prozeß gegen Hans von Lehn, der sich als Kneufahrer und Kaufmann bezeichnet, sowie gegen 17 weitere Angeklagte, mit denen zusammen von Lehn unter verschiedenen Decknamen, wie Offizierskandidat, Transmarina usw., ungefähr 80 Automobile verschoben und noch andere Kreditwindeln

weggenommen hat. Von Lehn und seine Mitschuldigen erwarben die Wagen auf Grund einer kleinen Baranzahlung und gaben für den Rest der Kaufsumme Wechsel. Die Wagen wurden dann sofort zu Geld gemacht und die Wechsel nicht eingelöst.

Ablehnung der sozialistischen Abrüstungsanträge in Norwegen. Oslo. Das Storting hat mit allen gegen 33 Stimmen den Abrüstungsvorschlag der Arbeiterpartei abgelehnt, ebenso mit 106 gegen 39 Stimmen den weiteren Antrag der Arbeiterpartei, für den Verteidigungshaushalt eine Höchstgrenze von 25 Millionen Kronen jährlich festzusetzen.

Sächsischer Landtag

Dresden, 25. Januar. Die heutige Sitzung des Landtages brachte gleich zu Beginn einen Vorstoß der Linken gegen den neuen Finanzminister Weber. Dem Landtag lag die Vorlage vor, die eine Million Mark als einmaligen Sonderzuschuß an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige fordert. Der kommunistische Abgeordnete Dr. Schminde verlangte vom Finanzminister die Durchführung des vom Landtage am 16. Dezember v. J. angenommenen sozialdemokratischen Antrages auf Bewilligung von zehn Millionen Mark für diese Zwecke. Der Beschluß war damals gefaßt worden trotz der Erklärung des damaligen Finanzministers Dr. Dehne, daß der angeforderte Betrag von zehn Millionen gar nicht vorhanden sei. Dr. Schminde warf dem neuen Finanzminister vor, er sei wie Dr. Dehne auch nur ein Verteidiger der Kapitalisten und Wirtschaftspartei, der er angehöre, die Partei der Hausbesitzer. Finanzminister Weber antwortete darauf, ohne weiter auf die Angelegenheit einzugehen, die zur Beratung stehende Vorlage sei nicht von ihm, sondern von dem verlassenen geschäftsführenden Ministerium eingebracht worden. Die Redner der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei erklärten ihr Einverständnis mit der Vorlage. Nachdem Dr. Schminde die Aufwörter und U.S.P. als Verräter und ganz gemeine Demagog bezeichnet hatte, gab der Aufwörter Maß die Erklärung ab, seine Partei werde gegen die ungenügende Regierungsvorlage stimmen. Damit waren die Kommunisten zufrieden und die Vorlage konnte hierauf an den Haushaltsausschuß A verwiesen werden. Ein linkssozialistischer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Straf- und Fürsorgeerziehungsanstalten bot den Linkssozialisten und Kommunisten willkommene Gelegenheit, die Zustände in den sächsischen Anstalten als schämmer wie in dem zaristischen Rußland zu schildern. Justizminister Bänder und Innenminister Dr. Dehne wiesen die gegen die Regierung und die Beamten erhobenen Vorwürfe zurück. Der Ausschuss muß demnach gebildet werden, da ihn mehr als ein Fünftel des Hauses wünschte. Ein linkssozialistischer Antrag auf Einsetzung eines Sonderausschusses für Polizeidienst- und Beamtenfragen fand einstimmige Annahme. Auf einen Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vornahme von einzelnen Kapiteln des Staatshaushaltsplanes 1927 zur Hebung des Arbeitsmarktes erklärte der Finanzminister, der Antrag werde sich dadurch erledigen, daß noch im Laufe dieser Woche der Etat in die Hände der Abgeordneten gelangen werde. Dieser Antrag sowie die kommunistischen Anträge betr. die Erwerbslosigkeit im sächsischen Holzgewerbe, die Lohnklasseneinstufung der Bergarbeiter nach dem Reichslohnvergleichsgesetz und betr. die Abbaumahnahmen der Reichsbahnaktiengesellschaft wurden nach kurzer Aussprache an die Ausschüsse verwiesen. Die nächste Sitzung findet Dienstag den 1. Februar nachmittags 1 Uhr statt.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, 26. Januar 1927.

Wertstat für den 27. Januar.

Sonnenaufgang	7 ¹⁷	Mondaufgang	1 ¹⁸
Sonnenuntergang	4 ¹⁷	Mondbuntergang	11 ¹³
1756 Wolfgang Amadeus Mozart geb. — 1814 Johann Gottlieb Fichte gest. — 1859 Wilhelm II. geb.			

Vogelschutz im Winter.

Die während des Winters durch Futtermangel hervorgerufene Sterblichkeit unserer frei lebenden Vögel nimmt oft beunruhigenden Umfang an, und es sind in erster Linie die nährlichen Vögel, die dem Winter zum Opfer fallen. Als Folge eines ausgebreiteten Vogelfrostes nimmt die Gefahr der Anselnplage zu; schon darum erscheint es, von allem anderen abgesehen, geboten, den Vögeln so viel wie möglich zu Hilfe zu kommen. Wie man dabei zweckmäßig verfährt, dafür gibt u. a. der Niederländische Vogelschutzverein folgende Ratschläge:

Man lasse in dieser Zeit keine Nahrung unkommen; ein Stück Brot, eine Scheibe Speck oder Käse, allerlei Kette, auch Locke, die nicht mehr als menschliche Nahrung verwendbar sind, Rüsse und Darmfäden, alles ist den Vögeln willkommen. Vöckchen mit Futter für lamerstehende und für infektentstehende Zimmervögel, wie sie im Handel erhältlich sind, sind auch für die Vögel im Freien brauchbar; Stöcken von Früchten (Apfel, Bananen usw.) werden, falls feingedünnt, gern gefressen. Besonders zu empfehlen sind auch die Futterringe. Zum Schluß noch einer flachen Teller mit Wasser und die Vögel werden dankbar den Futterplatz in Anspruch nehmen, der natürlich vorher schneefrei gemacht werden muß.

Große Mengen von Vögeln werden in jedem harten Winter unkommen, aber wenn jeder mithelfen will, wird ihre Zahl bedeutend verringert werden können.

Der Staatshaushaltsplan für 1927 wird, wie wir erfahren, noch im Laufe dieser Woche dem Landtag zugehen. Wie schon allgemein angenommen wurde, wird er einen Fehlbetrag aufweisen, der aber gegenüber demjenigen von 1926 zu nennen ist. Während für 1926 das Defizit sich bereits im November auf 97 Millionen stellte, zeigte der Staatshaushaltsplan für 1927 vorläufig nur ein solches von circa 25 Millionen Mark. Es ist beabsichtigt, die schwelende Schuld von 1926, also circa 100 Millionen, durch Umwandlung in eine Anleihe zu fundieren. Da die Beratung des Haushaltsplanes kaum vor den Pfingstferien beendet sein dürfte, der Landtag aber zur Aufnahme der Anleihe keine Zustimmung geben muß, dürfte erst im Juli oder August mit der Auflegung der Anleihe zu rechnen sein, was übrigens im Hinblick auf die Zinsenentwicklung für den Staat nur von Vorteil sein kann.

Oberbewertungsausschuß. Zur Schätzung des Wertes von Grundstücken usw. in Steuerangelegenheiten werden Oberbewertungsausschüsse eingesetzt. Der Kreisaußschuß Dresden hatte in seiner letzten Sitzung ein Herren dazu zu wählen. Gewählt wurden Stadtrat V. Braune-Dresden, Rechtsanwalt Dr. Körner-Dresden, Konsumvereinsführer Paulus-Dresden, Gutbesitzer Hobank-Dresden, Lehrer Drüll-Radebeul, Fabrikbesitzer Garde-

Pirna, Gutbesitzer Kaiser-Grumbach, Syndikus Fögel-Cosmannsdorf, Erster Bürgermeister Hoppe-Droschda, Vagerhaller Rade-Altendorf und Rittergutsbesitzer Diener-Schönberg-Pfaffroda.

Freiwillige Feuerwehr. Die Dienstversammlung am gestrigen Abend eröffnete Brandmeister B e d mit begrüßenden Worten und wünschte allen Kameraden noch ein gesundes neues Jahr. Unter Eingängen lagen Angebote von Rotorprügen und Schlauchmaterial vor. An- und Abmeldungen fanden ihre Erledigung. In dieser Versammlung konnte der hundertste Mann der Kompanie zugeführt werden. Ueber die letzten abgehaltenen Hauptmannsversammlung erstattete Brandmeister B e d Bericht. Die von ihm geforderte beschleunigte Ausbildung von Feuerwehrleutnants solle geschehen, aber für die Wilsdruffer Wehr komme das noch nicht in Frage, da die Stadt Wilsdruff nicht vom Gröbber Kraftwerk mit Licht- und Kraftstrom versorgt wird. Da aber nun die Wilsdruffer Wehr im fünf-Kilometer-Umkreis Hilfe leisten muß und in den Landgemeinden das Gröbber Netz in Frage kommt, wird auch hier ein Ausweg gefunden werden. Ueber erste Hilfe bei Gasvergiftungen konnte Branddirektor B i r k e r einige gute Maßnahmen erteilen. Brandmeister B e d gab bekannt, daß von den vierzehn abgehaltenen Übungen im vorigen Jahre bei einem Mannschafbestand von 85 insgesamt 82 Prozent an den Übungen teilgenommen haben. Er forderte auf, auch in diesem Jahre die Übungen regelmäßig zu besuchen, da mehrere Angriffsausübungen stattfinden sollen. Ueber die Kommandoübung mit den umliegenden Führern der Nachbarwehren und Kreisvertreter Moritz-Weihen erstattete Feldwebel K u n z e Bericht. Erwähnt ist daraus, daß die Prämienverteilung nur in Frage kommt, wenn die Spritze das erste Wasser gibt und auch wirklich tatkräftig zur Feuerbekämpfung beiträgt. Da bei dem Scheunenbrande an der Rossener Straße ein Pferd der Limbacher Wehr getötet werden mußte und die Versicherung die Entschädigung verweigert, übernimmt der Verband die weiteren Schritte. Ueber die Rotorprügenbeschaffung konnte Brandmeister B e d Auskunft geben. Mit der Umstellung des Kaffeewesens soll sich das Kommando befassen. Als Kassenprüfer werden die Kameraden Weise und Verbold bestimmt. Den Steuererstanten wird ans Herz gelegt, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Dem Kommando wird weiter die Entscheidung über die Ausbildung einer Bedienung der Rotorprüge und Transport der Rotorprüge überlassen. Mit einer Anregung, die Wasserpumpe im Lust- und Schwimmbad zur Wasserzuführung bei etwaigen Bränden auf der Hohen Straße mit zu benutzen, wird sich das Kommando befassen. Kamerad Weisler regte an, die Sirenen am Rathaus und bei Herrn Fabrikant Weinbold ebenfalls mit der Allgemeinheit zugänglichen Feuermeldern auszustatten. Das ist für die nächste Zeit vorgesehen. Zum Schluß gab Branddirektor W i t t n e r seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Wehr den hundertsten Mann einleiden konnte und über das schöne Zusammenhalten der Kameraden untereinander. Manches schöne Wort wurde noch gesprochen, und die Einwohnerlichkeit kann von der Schlagfertigkeit der Wehr überzeugt sein. Es wird auch in diesem Jahre kräftig arbeiten und sich immer leisten lassen von dem Wahlspruch: Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr, einer für alle und alle für einen.

Gewerbeverein. Die diesjährige Hauptversammlung fand gestern abend 8 Uhr im „Löwen“ statt. Der Vorsitzende, Herr S i c h e r m e i s t e r H e e g e r, begrüßte die anwesenden Mitglieder herzlich und berichtete, daß das vergangene Jahr reich an Arbeit gewesen sei. Zur Unterstützung der dem Verein angehörenden Gastwirte schlägt der Vorsitzende vor, im Sommer Wanderabende zu veranstalten, wo dann bei den betreffenden Mitgliedern Einkehr gehalten werden soll. Des weiteren sollen Familienabende eingeführt werden, um den familiären Verkehr zu fördern und damit alle Alltagsorgen zu verdrängen suchen. Der Jahresbericht wurde von dem Schriftführer, Herrn Wächsmachermeister Otto R o s t, verlesen. Für seine gewissenhafte Arbeit wurde ihm der Dank des Vereins ausgesprochen. Abgehalten wurden im vergangenen Vereinsjahr eine Jahreshauptversammlung, 6 Monatsversammlungen und zwei Vorstandssitzungen. Der Verein zählte am Jahreschlusse 111 zahlende Mitglieder, 9 Feuerfreie und 4 Ehrenmitglieder. Angemeldet hatte sich Herr Rechtsvertreter Rasche, welcher einstimmig aufgenommen wurde. Drei Mitglieder waren verstorben. Den Kassenbericht erstattete Herr Kaufmann R a y B e r g e r. Der Einnahme von 1498,71 Mark standen 943,58 Mark Ausgaben gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 555,13 Mark vorhanden ist. Das bestens geführte Rechnungswesen war von den Herren Georg Adam und Joh. Schmidt geprüft und für richtig befunden worden, woraus dem Kassierer Entlastung erteilt und ihm herzlich Dank für seine Mithewaltung ausgesprochen wurde. Neu zu wählen waren der erste Vorsitzende, erste Kassierer, erste Schriftführer, der Bibliothekar, zwei Vergütungsausschufmitglieder. Zum Vorsitzenden wurde Herr H e e g e r einstimmig wiedergewählt. Herr B e r g e r lehnte einmütig eine Wiederwahl ab, wurde jedoch durch geheime Wahl einstimmig wiedergewählt und nahm auch an. Als Schriftführer wurde ebenfalls Herr Otto R o s t einstimmig wiedergewählt, desgleichen Herr R u p p e r t als Bibliothekar und Herr B l u m e als Vergütungsausschufmitglied. Neu in den Vergütungsausschuf wurde Herr Otto T r e p t e gewählt. Unter Eingängen lag ein Schreiben vom Gewerbeverein Coswig vor zur Teilnahme an der 50-Jahrfeier und Kassenweibe am 13. und 14. März, ferner vom Verband Sächs. Gewerbe- und Handwerkervereine betr. den Vertrieb von Waren durch Beamte während ihrer Dienstzeit und über Forderungen aus dem Reichsnoteopfer. Weiter lag vor der Bericht über den Hauptverbandstag in Großschönberg. Ein Antrag des Herrn Stellmachermeister Köhner, einem früheren Stadtverordneten wegen seines Verhaltens bei der Wahl des Gewerbevereinsausschusses das Mißtrauen nachträglich auszuspochen, fand einstimmige Annahme. Unter Vereinstreuen teilte der Vorsitzende mit, daß Herr Pfarrer Große aus Chemnitz dem Verein am 29. März einen Vortrag über das Thema: „Aus der Mappe eines Großstadtpfarrers“ bieten will. Das Anerbieten wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Auf die Ausfüllung der Lohnsteuernachweisungen sowie Überfertigung derselben an das Finanzamt wird hingewiesen. Punkt Verschiedenes behandelte die Feier des 87. Stiftungsfestes, um dessen zahlreichen Besuch ersucht wird. Nach Verlesen der Niederschrift wurde die von 24 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Das Ortsrat Wilsdruff des Deutschen Beamtenbundes hatte für gestern abend 1/8 Uhr zur Jahreshauptversammlung nach dem „Löwen“ eingeladen. Der erste Vorsitzende, Herr Obersekretär W e i c h e l t, hielt alle Erbsinnenen und besonders den Bundesgeschäftsführer Habant vom Landesrat herzlich willkommen und gedachte ehrend des zur ewigen Ruhe eingegangenen Mitgliedes Oberlehrer Kantor T i l l e, dem man ein stilles Gedenken weihte. Die Tagesordnung wurde mit einer Umstellung genehmigt und Bundesgeschäftsführer H a d a n t hielt seinen Vortrag über „Das Einigungsproblem der Deutschen Beamenschaft und ihre Zukunftsfragen“. Er ging aus von der unbedingt zuverlässigen Staatsstreue des Deutschen Berufsbeamten-tums, das seine Feuerprobe in Kriegs- und Nachkriegszeit unter den schwierigsten Verhältnissen bestanden hat als unerschütterlicher

Schilf-
wenge-
und a-
jamm-
erfüll-
gen,
lums
mit d-
höber-
die b-
antem-
und
Entw-
viele
tigte
Sch-
low-
ein,
unter-
sein
Beam-
wie j-
Reich-
sigen
Aussp-
nomm-
druff
die
angeb-
beiden
organ-
erklär-
Team-
gans-
um
jam-
bis her-
den
fers
die
bund,
Beruf-
ten
forsch-
samte
wiele
Jahre
im
Lank
lebend-
Kasser-
und
dem
bannte
erlebte
schäff-
leht.
Ober-
S ch
b e i
Kaffe
schloß
Sch
für
Mit
Berf
Iarte
im
Die
einige
wieder
— jed-
mit
die
die ge-
he jels-
gera-
Pulver
folgt
wählig-
Seite
gierung
Hühne-
teilen
Mitt-
—
we
des
mal
a
Z
narr
famml-
schließ-
wurde
dem
berich-
passiv-
tragen
dem
traue
Zeller
Dom-
bändig-
sonber
Prima
Feuer-
zum
in
den
annom-
worde
gelegt
fröhlich
danke
Wehr
tätig